

ı. Anmeldung

		то	P:		
Stadtrat					
	Stadtrat Sitzungsdatum 22.03.2017				
	0	öffen			
Betreff: Vollzug des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) Änderung der Alkoholverbotsverordnung (AlkoholVVO - AlkVVO)					
Anlagen: - Änderungsverordnung zur Alkoholverbotsverordnung (AlkVVO) - Beschluss Bisherige Beratungsfolge:					
Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Sachverhalt (kurz): Nach Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und Verordnungsrecht (LStVG) muss die Rechtsvorschrift, nach der Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften mit Strafe oder Geldbuße geahndet werden sollen, auf die zugrundeliegende gesetzliche Straf- oder Bußgeldvorschrift verweisen. Die beiliegende Änderungsverordnung setzt diese gesetzliche Vorgabe für die Alkoholverbotsverordnung um.					

Beschluss-/Gutachtenvorschlag: siehe Beilage



1.	Fina	anzielle Auswirkungen:						
		Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen						
		Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:						
	(→ weiter bei 2.)							
	\boxtimes	Nein (→ weiter bei 2.)						
		Ja						
		☐ Kosten noch nicht bekannt						
		☐ Kosten bekannt						
		Gesamtkosten		€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr		
					dauerhaft nur		für einen begrenzten Zeitraum	
		davon investiv €		davon Sachko	sten	€ pro Jahr		
		davon konsumtiv €		davon Persona	alkosten	€ pro Jahr		
		1						
	Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Ver (mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestim							
		ans	onsten Ref. II /	Stk in Kenntni	s gesetzt)			
			Ja Nein	Kurze Bearünd	ung durch den anm	neldenden Geschäftsbe	reich:	
		Ш	Neili	Ruize Degiuna	ung durch den ann	leiderideri Geschaltsbe	ielon.	
2a.	Aus	swirkungen auf den Stellenplan:						
		Nein (→ weiter bei 3.)						
		Ja						
		☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans						
		 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringu und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens) 					raftstellen (Einbringung	
		☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt						



2b.	o. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)					
		Ja				
		Nein	Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:			
3.	Dive	ersity-Releva				
	\boxtimes	Nein	Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich: Keine unterschiedliche Auswirkung der Änderungsverordnung auf Nutzer der			
		Ja	Königstorpassage und des Bahnhofsumfelds; Alkoholverbot gilt räumlich und zeitlich nach wie vor im selben Umfang.			
4.	Abs		t weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen: end bei Satzungen und Verordnungen)			
II. <u>I</u>	<u>lerrn</u>	OBM				
III		_				
Nür	nberg	ງ ,				
			()			